

AKTUELL

UMWELTPOLITIK

Wenig versprochen, weniger umgesetzt

Joël Adami

Großer Fokus auf Wirtschaftsinteresse und nur punktuelle Umweltmaßnahmen: Nach zwei Jahren vergibt der „Mouvement écologique“ der CSV-DP-Koalition eine schlechte Note.

Vergangenen Donnerstag zog die Umweltorganisation „Mouvement écologique“ (Méco) im Rahmen einer Pressekonferenz ihre Bilanz nach zwei Jahren CSV-DP-Regierung. Diese fiel, wenig überraschend, deutlich kritischer aus als das Eigenlob, das in den letzten Tagen vom Premierminister Luc Frieden (CSV) zu hören war. Laut Méco schwäche die Regierung sogar gemessen an ihren eigenen Versprechen: Von 77 versprochenen Maßnahmen im Nachhaltigkeitsbereich seien 42 noch nicht einmal angefangen worden. Lediglich eine einzige Maßnahme sei in einer fortgeschrittenen Phase der Umsetzung, erfasste die NGO in ihrem „Mecoskop“-Instrument. „Die Regierung setzt das, was sie ihren Wählern versprochen hat, nicht ausreichend um“, urteilte Méco-Präsidentin Blanche Weber.

Der Méco kritisierte auch grundsätzlich: Nicht nur, dass Wirtschaftsinteressen über alles andere gestellt würden, sondern die Regierung rede Umwelt- und Klimaschutz zu oft schlecht. „Die Regierung nimmt die Menschen, entgegen ihrer eigenen Aussagen, nicht mit!“, so Weber, „Sie verpasst es sogar, zu sagen, wohin die Reise eigentlich geht.“ Statt positive Zukunftsbilder zu vermitteln, wie Leben und Wirtschaften innerhalb der Ökosystemgrenzen aussehen könnten, betreibe die CSV-DP-Regierung eine „Vogel-Strauß-Politik“, die rein auf voluntaristische statt auf notwendige strukturelle Maßnahmen setzt.

In zentralen Bereichen fehle ein Dialog mit der Zivilgesellschaft, monierte die Umwelt-NGO weiter. Zudem gäbe es mit einzelnen Ministerien und Verwaltungen zwar positiven und konstruktiven Austausch, doch nicht alle Regierungsmitglieder seien gleichermaßen daran interessiert. Landwirtschaftsministerin Martine Hansen (CSV) habe bei dem ersten und einzigen Treffen angegeben, ihr sei nicht an einem regelmäßigen Austausch gelegen. Auch mit ihrem Parteikollegen, Umweltminister Serge Wilmes, konnte der Méco sich bisher nur zwei Mal treffen. Einzige positive Ausnahme: Energieminister Lex Delles (DP) ist häufig an die Umweltaktivist*innen herangetreten, um sich mit ihnen zu beraten.

Schwaches Umweltministerium

Grundsätzlich sei das Umweltministerium viel zu schwach aufgestellt und ziehe oft den Kürzeren. Dies wäre beispielsweise bei der Reduktion des Pestizideinsatzes bemerkbar, so Weber. „Die Regierungsmitglieder sprechen in der Öffentlichkeit gerne von guter Zusammenarbeit, aber die Fakten zeigen, dass die Realität eine andere ist.“ Wilmes’ Ministerium war zuletzt auch wegen schlechten Arbeitsklimas und Frust beim Personal in den Schlagzeilen. Eine Recherche des „Tageblatt“ sprach davon, dass unliebsame Personen „rausgekettet“ und durch neue, linientreue Mitarbeiter*innen ersetzt würden.

Die größte Kritik der Umwelt-NGO ist allerdings inhaltlicher Natur: „Nicht nur, dass die Regierung nicht an konkreten Maßnahmen arbeitet, um die nachhaltige Entwicklung zu fördern – sie macht auch Rückschritte.“, so Claire Wolff vom Méco bei der Pressekonferenz am Donnerstag. Unter dem „Deckmantel des Bürokratieabbaus“ erfolge eine Deregulierung auf Kosten der Umwelt. Als Beispiele nannte der Méco einige Initiativen auf EU-Ebene, bei denen die Luxemburger Regierungsmitglieder sich „auf die Seite der Bremser“ stellten. Die Themen Wolfsschutz, Entwaldungsverordnung und Lieferketten gesetz haben gezeigt, dass sich die CSV-DP-Koalition allzu oft gegen nachhaltige Entwicklung stellte.

Ein Paradebeispiel auf nationaler Ebene sei die Reform des Naturschutzgesetzes, die im Rahmen der Regierungsinitiative „Méi a méi séier bauen“ vorgestellt worden war. Der Méco betont, das Naturschutzgesetz sei nicht der Hauptgrund des mangelnden Wohnungsbau in Luxemburg. Maßnahmen, die es vereinfachen sollen, geschützte Naturflächen zu bebauen, wurden zudem auch vom wissenschaftlichen Begleitgremium der Regierung, dem „Observatoire de l’environnement naturel“ und der Architekturkammer kritisiert.

Die Umwelt-NGO fordert die Regierung auf, dem Umweltministerium ein schärferes Profil zu geben und die Kooperation zwischen den einzelnen Ministerien zu verbessern, wenn es um ökologische Aspekte geht. „Rein wirtschaftliches Denken darf nicht mehr in dem Ausmaß wie bisher alle politischen Entscheidungen beeinflussen – die Regierung muss lernen, langfristiger zu denken!“, so die Méco-Präsidentin abschließend.

SHORT NEWS

Voitures : moins d'électrique et diesel à la baisse

(fg) – Les ventes de voitures neuves dans l'UE ont progressé de 5,8 % en octobre, après un bond de 10 % en septembre, rapporte l'Association des constructeurs européens (ACEA). Le secteur repart à la hausse, sauf au Luxembourg, où les immatriculations neuves reculent de 9 %. La dynamique européenne est principalement tirée par les véhicules hybrides, qui représentent 34,6 % des ventes depuis janvier. La part du tout-électrique dans les immatriculations neuves est de 16,4 % dans l'UE sur la même période (13 % un an plus tôt). Cette progression est « toujours inférieure au rythme requis actuellement pour la transition », note cependant l'ACEA. Le Luxembourg est à contre-courant de la tendance européenne, enregistrant notamment une baisse de 6,1 % pour les électriques. L'hybride est le seul segment où il dépasse ses voisins, avec une hausse de 37 % des immatriculations sur un an (15 % pour l'UE). Mauvais point, en revanche, pour les motorisations diesel et essence, qui pèsent pour 36 % des ventes au Luxembourg depuis janvier, contre 27 % dans l'UE. Une orientation que ne devraient pas ralentir les prix à la pompe pratiqués au Luxembourg, le diesel enregistrant une baisse de 7 centimes au litre en une semaine, ce qui en fait toujours le carburant le moins cher dans la Grande-Région. Les prix suivent étroitement les fluctuations du marché, et le gouvernement ne semble pas vouloir inverser la tendance sur ce carburant particulièrement nocif pour la santé. Petite « Schadenfreude » dans tous ces chiffres : Tesla, la marque d'Elon Musk, continue à chuter, avec 48 % de ventes en moins en octobre dans l'UE, portant la baisse à -40 % depuis janvier.

Stärkung der Rechte intergeschlechtlicher Personen

(mc) – Der Verein „Intersex & Transgender Luxembourg“ (ITGL) hat vergangenen Mittwoch einen Gesetzesentwurf vorgelegt, der irreversible geschlechtsverändernde medizinische Eingriffe an Minderjährigen ohne deren Zustimmung verbietet. Die NGO reagiert damit auf die ausbleibende nationale Umsetzung einer entsprechenden Empfehlung des Europarats, die Luxemburg im Oktober 2025 unterstützt hat. Der Vorschlag sieht zudem einen staatlichen Entschädigungsmechanismus für erlittene Schäden vor, der auch für Eingriffe aus der Vergangenheit gilt, sowie die Kostenübernahme für psychosoziale Peer-Beratung durch die CNS. ITGL hatte bereits im Juli den neuen nationalen Aktionsplan zu LGBTIQ+-Rechten kritisiert. Zentrale Forderungen der NGO wie das Verbot nicht notwendiger Operationen an intergeschlechtlichen Kindern und die Entpathologisierung von trans und nichtbinären Personen waren aus dem neuen PAN gestrichen worden. Auch die nationale Menschenrechtskommission (CCDH) hatte sich in einer Stellungnahme Mitte August der Kritik am PAN LGBTIQ+ angeschlossen. Ob der Gesetzesentwurf als offizielle PML (Begründete Vorschläge zu Gesetzgebungszwecken) eingereicht werden soll, war bis Redaktionsschluss noch unklar. In diesem Fall müsste die Abgeordnetenkammer den Text öffentlich behandeln müssen, sofern er von mindestens 125 Personen eingereicht und von 12.500 Wählern*innen unterstützt wird.

Antisemitismus lückenhaft erfasst

(tf) – Die deutsche Polizei erfasst den antisemitischen Charakter von Straftaten nur lückenhaft. Die Statistik zu antisemitisch motivierter Hasskriminalität sei daher unvollständig. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie, die am vergangenen Dienstag in Berlin vorgestellt wurde. Sie war vom „Bundesverband der Recherche- und Informationsstellen Antisemitismus“ (RIAS) in Auftrag gegeben worden. Untersucht wurde, wie einheitlich und mit welchem Verständnis antisemitische Straftaten polizeilich erfasst und inwieweit die Perspektiven Betroffener berücksichtigt werden. „Die Studie zeigt, dass nicht immer alle Formen von Antisemitismus – etwa israelbezogener Antisemitismus – von Polizist_innen erkannt werden“, so der RIAS zu den Resultaten. Zwar existiere mit der Arbeitsdefinition der „International Holocaust Remembrance Alliance“ (IHRA) eine formale Rahmenvorgabe, was als Antisemitismus zu werten sei, diese finde in der Praxis aber nur begrenzt Anwendung („Mangelnde Wahrnehmung“; woxx 1533). „In der praktischen Erfassung kann dies zu Fehlzuordnungen und Verzerrungen führen, zumal politisch motivierte Kriminalität im Arbeitsalltag der Polizei vergleichsweise selten vorkommt und das Wissen und die Sensibilität der Beamte_innen bezüglich Antisemitismus stark variieren“, heißt es im Fazit der Studie. Betroffene von Antisemitismus erlebten den Kontakt mit der Polizei mitunter als wenig unterstützend und als frustrierend. Eine entsprechende Studie zur Situation in Luxemburg steht noch aus.